

PRESSEKONFERENZ



Pflege als Top-Priorität der nächsten Bundesregierung

Forderungen und notwendige Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode

mit

LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann OÖ Seniorenbund

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer, Sozial-Landesrat von Oberösterreich

BR-Präs. Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer OÖ Seniorenbund

Dienstag, 10. September 2024 Linz

Rückfragekontakt:

Presse LR Hattmannsdorfer

Mag. Mario Hofer

T: +43 664 6000 72 17312 | E: mario.hofer@ooe.gv.at

Presse OÖ Seniorenbund

Ing. Ludwig Seiringer

T: +43 664 807 62 719 | E: ludwig.seiringer@ooe-seniorenbund.at

Pflege als Top-Priorität der nächsten Bundesregierung

Der demographische Wandel, die Alterung der Bevölkerung und die künftige Betreuung und Pflege der älteren Generation sind gesellschaftliche Schicksalsfragen. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt von aktuell rund 73.000 im Jahr 2023 um etwa 36 % auf aktuell prognostiziert 102.000 Pflegebedürftige im Jahr 2040.

Die Generation, die unser Land mitaufgebaut hat, soll auch künftig gut und gerne in Oberösterreich alt werden. Dafür setzt das Sozialressort seit 2021 insbesondere mit der Fachkräftestrategie Pflege zahlreiche Maßnahmen. Darüber hinaus muss die Pflege allerdings auch für die nächste Bundesregierung Top-Priorität haben. Der OÖ Seniorenbund und Sozial-Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer präsentieren daher die wichtigsten Punkte, die auf der Agenda der nächsten Bundesregierung für die Senioren stehen müssen. Dazu gehören

- Pflegende Angehörige und 24-Stunden-Betreuung besser fördern
- Digitalisierungs- und Innovationsoffensive
- Entbürokratisierung und Entlastung von Pflegemitarbeiter/innen bei Dokumentationsvorschriften
- Barrierefreies Wohnen besser fördern
- Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten

*Rund die Hälfte der Pflegebedürftigen in Oberösterreich erhalten professionelle Pflege und Betreuung, etwa in Pflegeheimen, Tagesbetreuung oder in der mobilen Pflege. Das bedeutet, dass die **andere Hälfte auf die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, Nachbarn und bürgergesellschaftliche Angebote angewiesen ist. Diese bürgergesellschaftliche Säule im Pflegesystem gilt es massiv zu stärken: durch Entlastung pflegender Angehöriger und die Weiterentwicklung von bestehenden Angeboten wie dem Angehörigenbonus. Auch mit digitalen Assistenzsystemen kann die Selbsthilfe in der Betreuung und Pflege deutlich verstärkt werden.*** – Sozial-Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer

I. Pflegende Angehörige und 24-Stunden-Betreuung besser fördern

„Die eigene Familie ist der größte Pflegeplatz, immerhin werden rund 80% der zu Pflegenden daheim betreut. Pflegende Angehörige bilden die Basis für das Pflege- und Betreuungssystem in Österreich. Es muss oberste Priorität haben, diese zu unterstützen“ betonen Seniorenbund Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer und Landesgeschäftsführer Bundesratspräsident Mag. Franz Ebner und fordern:

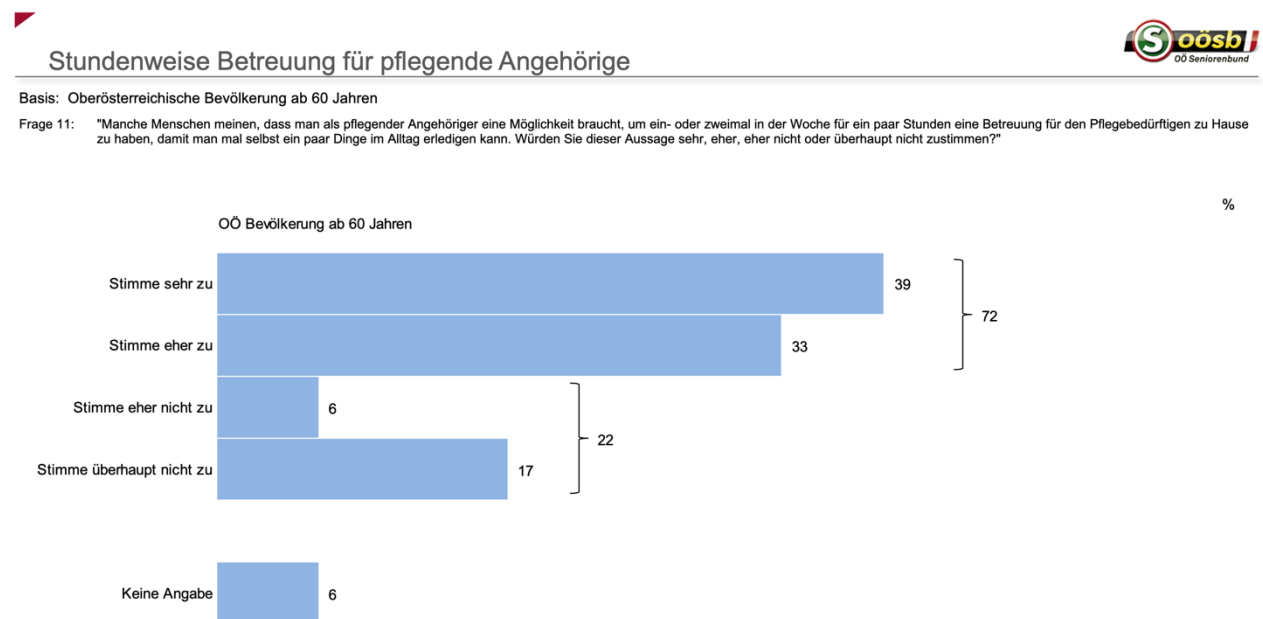
- **Angehörigenbonus deutlich ausweiten:** Mit dem Angehörigenbonus hat die aktuelle Bundesregierung eine langjährige Forderung des OÖ Seniorenbundes umgesetzt, allerdings ist

der Bezieherkreis aufgrund der Kriterien (mind. Pflegestufe IV und Netto-Einkommen von max. 1.500,-) deutlich eingeschränkt, sodass viele pflegende Angehörige durch den Rost fallen. Der OÖ Seniorenbund fordert daher eine rasche Ausweitung des Bezieherkreises auf Pflegestufe III sowie eine deutliche Erhöhung der Einkommensgrenze.

- **Schnelle Abwicklung der PflegegeldEinstufung:** Der Weg von der Beantragung des Pflegegeldes bis zur Bewilligung zieht sich oft über mehrere Monate hin. Für die Betroffenen bedeutet dies eine doppelte Belastung – sowohl emotional als auch finanziell. Der OÖ Seniorenbund fordert deshalb, dass die PflegegeldEinstufung künftig innerhalb von maximal sechs Wochen abgeschlossen wird.
- **Stundenweise Betreuung ermöglichen:** Neben dem Ausbau der Tagesbetreuung und Kurzzeitpflege sind auch die Schaffung und Förderung von Angeboten für eine stundenweise Betreuung Pflegebedürftiger zu Hause nötig, sodass Angehörige Zeit für Erledigungen oder auch etwas Freizeit haben. Schließlich ist nicht für jeden eine Tagesbetreuung möglich.

Absolute Mehrheit ist überzeugt: es braucht stundenweise Betreuung, um pflegende Angehörige zu entlasten

Eine aktuelle, repräsentative Umfrage des IMAS-Instituts im Auftrag des OÖ Seniorenbundes unter der oberösterreichischen Bevölkerung ab 60 Jahren hat ergeben, dass knapp drei Viertel der Befragten zumindest eher zustimmen, dass pflegende Angehörige ein- bis zweimal in der Woche für ein paar Stunden eine Betreuung für Pflegebedürftige zu Hause benötigen, um wichtige Erledigungen machen zu können (72%).



Bessere Förderung der 24-Stunden-Betreuung

„Neben all diesen Maßnahmen die pflegende Angehörige unterstützen und entlasten, braucht es auch weitere Maßnahmen, um die 24-Stunden-Betreuung attraktiver zu machen, jeder zu Pflegenden der in den eigenen vier Wänden gepflegt wird entlastet das Pflegesystem“, fassen Pühringer und Ebner die Unterstützungen für pflegende Angehörige zusammen und fordern in Bezug auf die 24-Stunden-Betreuung:

- **Anhebung der Einkommensgrenze für die Förderung:** Seit ihrer Einführung im Jahr 2007 liegt die Einkommensgrenze für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung bei einem Nettomonatseinkommen von € 2.500,-. Wird diese überschritten, reduziert sich die Förderung entsprechend. Wäre die Einkommensgrenze jährlich der Inflation angepasst worden, müsste sie aber schon um mehr als 50 Prozent höher sein. Daher fordert der OÖ Seniorenbund vom Bund eine sofortige Anhebung der Einkommensgrenze für die volle Förderung, ebenso muss diese künftig jährlich nach dem VPI angepasst werden.
- **Weitere Erhöhung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung:** Nach 15 Jahren ohne Anpassung wurde die Förderung für die 24-Stunden-Betreuung vergangenes Jahr zunächst auf € 640,- und dann auf € 800,- (bei zwei Betreuern) angehoben. Wieder 15 Jahre ohne Anpassung hält das System aber nicht aus. Deshalb muss die Förderung vom Bund erneut erhöht (auf € 1100,-) und künftig jährlich valorisiert werden.

II. Digitalisierungs- und Innovationsoffensive nach OÖ-Vorbild

Innovation und Digitalisierung können Pflege und Betreuung nicht ersetzen, sie können aber einen wichtigen Beitrag in der Unterstützung und Entlastung im Pflegealltag machen. Nach dem Vorbild des oö. Pflorgetechnologiefonds braucht es auch vom Bund einen verstärkten Fokus auf neue Pflorgetechnologien, die Mitarbeiter und Angehörige entlasten können.

- Angebote wie Digitalisierungsfonds oder FFG-Calls sollen verstärkt in Richtung künftiger demografischer Herausforderungen (wie eben Pflege) gesteuert werden.
- Schon jetzt werden Hilfsmittel und Heilbehelfe (z.B. Rollatoren, Hörgerät) von der Kasse mitfinanziert. Das soll auch für digitale Assistenzsysteme wie Sturzsensoren, Ortungssysteme für Demenzerkrankte angedacht werden, um den längeren Verbleib zuhause zu erleichtern und Angehörige zu entlasten.

III. Entbürokratisierung und Entlastung von Pflegemitarbeiter/innen bei Dokumentationsvorschriften

Die Pflege ist wie kaum ein anderer Beruf von berufsrechtlichen Vorgaben, betrieblichen Anforderungen, Unterweisungsvorgaben und Dokumentationspflichten belastet. Diese Vorgaben sind wichtig zur Qualitätssicherung, den sehr gut ausgebildeten Mitarbeitern kann aber mehr Eigenverantwortung zugetraut werden. Landesrat Hattmannsdorfer hebt hervor, dass in Oberösterreich bereits etwa die Hälfte der Dokumentationsvorschriften für Pflegemitarbeiter/innen ersatzlos gestrichen wurden. Diesen Gedanken der Entbürokratisierung muss es auch auf Bundesebene geben, daher braucht es künftig schwerpunktmäßig:

- die Zusammenlegung und Vereinfachung von Aufsichtsstellen
- die Vereinfachung und Erleichterung der Dokumentationspflichten

IV. Barrierefreies Wohnen besser fördern

Barrierefreie Sanierungen und Umbauten müssen attraktiver gestaltet werden, um Menschen zu ermöglichen, frühzeitig und vorausschauend in ein altersgerechtes und barrierefreies Zuhause zu investieren. Derzeit sind Umbauten oft erst dann förderfähig, wenn der Bedarf – sprich, eine Behinderung oder Pflegebedürftigkeit – bereits eingetreten ist. Dies führt nicht nur zu unnötigen Verzögerungen, sondern auch zu Komplikationen, die durch rechtzeitige Maßnahmen vermeidbar wären.

Es muss deshalb von der nächsten Bundesregierung eine Förderung geschaffen werden, die eine Renovierung vorausschauend ermöglicht, nicht erst nach dem Eintreten einer Behinderung oder einer Pflegebedürftigkeit. Neben Renovierungen ist es ebenso wichtig, Maßnahmen zu fördern, die den barrierefreien Neubau verstärken. Wer sich bereits in jungen Jahren ein barrierefreies Zuhause schafft, wird im Alter nicht auf Renovierungsförderungen angewiesen sein. **„Barrierefreier Umbau vor der Pflegebedürftigkeit ist nicht nur sinnvoll, sondern vorausschauend. Er trägt entscheidend dazu bei, dass Menschen länger in ihren eigenen vier Wänden bleiben können,“** so Pühringer und Ebner.

V. Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten

„Oberösterreich ist mit der Rekrutierung philippinischer Pflegekräfte bereits Vorreiter. Wichtig ist, dass es eine nationale Strategie zur Anwerbung gibt“, so Sozial-Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer.

In den Bundesländern wird intensiv an der Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften aus Drittländern gearbeitet. Damit sich Österreich im internationalen Wettbewerb um Pflegekräfte

gegenüber anderen Nationen durchsetzen kann, braucht es ein zentrales, abgestimmtes Auftreten und Positionierungsmaßnahmen in Drittstaaten. Hierzu gehören:

- Nationale Anwerbestrategie des Bundes sowie einheitlicher Auftritt im Scouting von Fachkräften aus dem Ausland
- Umsetzung eines zentralen elektronischen Dokumentenregisters für den gesamten Prozess der Rekrutierung
- Gleichwertigkeit der Anerkennung einer diplomierten Krankenpflegekraft innerhalb des EU-Raums